

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Gesundheit und Soziales
Abteilung Soziales
Postanschrift 3109 St. Pölten, Landhausplatz 1



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An den
Präsidenten des Landtages von Niederösterreich

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 24.02.2010
zu Ltg.-28/V-6/34-2008
— Ausschuss

GS5-A-39/385-2008
Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Beilagen

Bürgerservice-Telefon 02742-9005-9005

In Verwaltungsfragen für Sie da. Natürlich auch außerhalb
der Amtsstunden: Mo-Fr 07:00-19:00, Sa 07:00-14:00 Uhr

Bezug	BearbeiterIn	(0 27 42) 9005	Durchwahl	Datum
LAD1-SE-30600/010-2008	Mag. Beate Missoni	16304	16304	16. Februar 2010

Betrifft
Entschließung des NÖ Landtages (Resolutionsantrag betreffend soziale Dienste in
Niederösterreich); Endbericht

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne der Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 19. Juni 2008, Ltg. -
28/V-6/34-2008, betreffend der Sicherstellung einer effizienten Erbringung der
notwendigen sozialen Dienste hat die NÖ Landesregierung eine Reihe von Maßnahmen
gesetzt.

Am 24. Juni 2008 wurde die Fa. Contrast mit der Studie „Effizienzprüfung der Rechtsträger
der sozial- und sozialmedizinischen Dienste in Niederösterreich für die Jahre 2005 bis
2007“, beauftragt und in diesem Zusammenhang wurden Gespräche mit alle Trägern
geführt und mögliche Einsparungspotentiale der Träger erhoben. Nach Abschluss der
Studie am 11.11.2008 wurden neue Richtlinien erarbeitet und sowohl die Ergebnisse der
Studie als auch die Ergebnisse des Altersalmanachs 2008 (Studie im Auftrag der NÖ
Landesregierung) eingearbeitet. Die Zusatzvereinbarung vom 22. Jänner 2009 zum
Protokoll des Kommunalgipfelgespräches vom 2. Juli 2008 beinhaltet ein Bekenntnis zum
Ausbau der sozialen Dienste um 700 bis 1000 neue betreute Personen pro Jahr.
Im Oktober 2009 wurden seitens der NÖ Landesregierung Gespräche mit Vertretern der
Krankenkassen geführt und es konnte erreicht werden, dass die Pauschalzahlung bis

2011 verlängert wird. In diesem Zeitraum soll im Rahmen einer Arbeitsgruppe eine adäquate Einzelfallabrechnung erarbeitet werden.

Die NÖ Landesregierung wird weiterhin im Sinne der Resolution Gespräche zwischen Land, dem NÖGUS, den Gemeinden, den Krankenkassen und den Rechtsträgern der sozialen Dienste führen, um die Erbringung der notwendigen Leistungen für die Hilfesuchende Bevölkerung zu sichern.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

Hochachtungsvoll

Mag. Mikl-Leitner
Landesrätin

Mag. Karin Scheele
Landesrätin

elektronisch unterfertigt